

Kriselnde Wirtschaft verunsichert die Bürger

BaWü-Check: Jeder Zehnte im Südwesten fürchtet um seinen Job. Das macht sich auch im Alltag vieler Menschen bemerkbar. Besonders die Automobilbranche bereitet den Befragten Sorgen.



VON NATHALIE METZGER

Die Wirtschaft in Deutschland steckt in einer Krise: Inflation und hohe Energiekosten schwächen Unternehmen, aber auch Privathaushalte. Das verunsichert zunehmend die Bürger, wie aus dem BaWü-Check, der Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (Ifd), hervorgeht.

Lange Zeit schon blicken die Menschen in Baden-Württemberg besorgt auf die wirtschaftliche Entwicklung, jetzt spüren viele Befragte die Auswirkungen der Krise in ihrem eigenen Leben: 64 Prozent der Befragten achten beim Einkaufen mehr auf den Preis und greifen eher zu günstigeren Produkten. Knapp die Hälfte der Bürger versucht, sparsamer zu leben. Größere Anschaffungen hat ein Drittel der Menschen im Südwesten erst einmal verschoben. Jeder Zehnte sorgt sich um seinen Arbeitsplatz, ebenso viele berichten, dass es dem Unternehmen, in dem sie arbeiten, nicht gut geht. Im eigenen Bekanntenkreis geht die Sorge um den Arbeitsplatz ebenfalls um. 16 Prozent der Befragten haben Angehörige, die ebenfalls um ihren Arbeitsplatz fürchten, bei weiteren sieben Prozent haben Familienangehörige ihren Arbeitsplatz schon verloren.

Viele Baden-Württemberger wären deshalb auch bereit, sich anzupassen, falls der eigene Arbeitsplatz wegzufallen droht. Fast die Hälfte würde sich fortbilden oder umschulen lassen, um den Arbeitsplatz zu erhalten. Mehr als ein Drittel würde längere Arbeitszeiten in Kauf nehmen, knapp ein Viertel der Befragten würde auf Urlaubstage verzichten. Immerhin neun Prozent der Menschen würden auf einen Teil des Gehalts verzichten. Die Umfrage zeigt außerdem, dass Berufstätige in besser bezahlten Jobs eher bereit sind, solche Einschränkungen hinzunehmen: Aus dieser Gruppe würden 43 Prozent länger arbeiten, bei Menschen aus unteren Lohngruppen sind es 30 Prozent. Gar keine Einschränkungen würden 20 Prozent der Befragten mit einem niedrigen Haushaltsnettoeinkommen hinnehmen, bei Menschen mit einem höheren Gehalt sind es 13 Prozent.

Mehrheit bleibt optimistisch

Doch nicht nur beim Kaufverhalten oder bei der Angst um den Arbeitsplatz zeigt die Umfrage, dass die wirtschaftliche Krise die Menschen im Land treibt. Fast ein Drittel der Befragten rechnet damit, dass ihre materielle Situation in den kommenden fünf Jahren schlechter sein wird als jetzt. Die Gruppe dieser Menschen wächst: Bei einer bundesweiten Umfrage des Allensbacher Instituts im Mai lag der Anteil noch bei 16 Prozent. Die Mehrheit der Baden-Württemberger bleibt aber optimistisch: 34 Prozent glauben, dass ihre wirtschaftliche Situation in etwa gleich bleibt, 22 Prozent rechnen sogar mit einer Verbesserung. Wie die Befragten auf die kommenden Jahre schauen, ist stark altersabhängig. Die Hälfte der jungen Menschen zwischen 16 und 29 Jahren glaubt an eine bessere materielle Situation, bei den Befragten, die älter als 60 Jahre sind, ist es nur jeder Zehnte.

Besonders tief in der Krise steckt die Automobilindustrie. Sichtbar wird das in der Bodenseeregion etwa beim hochverschuldeten Automobilzulieferer ZF. In dieser Branche stecken viele Arbeitsplätze – viele Menschen im Südwesten sind daher besorgt: Fast zwei Drittel der Befragten beunruhigt die Lage der Automobilindustrie stark oder sehr stark. Besonders die Menschen, die ohnehin schon um ihren Arbeitsplatz fürchten, blicken sorgenvoll auf die Branche: Bei ihnen sind 71 Prozent der Befragten beunruhigt. Die Baden-Württemberger finden viele Gründe für die Krise: Vor allem die zunehmende Konkurrenz durch ausländische Hersteller, etwa aus China, spielt für die Befragten eine Rolle. Aber auch die überbordende Bürokratie sowie politische Fehlentscheidungen und hohe Energiepreise gehören für die Baden-Württemberger zu den Ursachen. 42 Prozent der Befragten nennen außerdem die Vorgaben der EU, zum Beispiel das Verbrennerverbot, als Gründe für die kriselnde Branche.

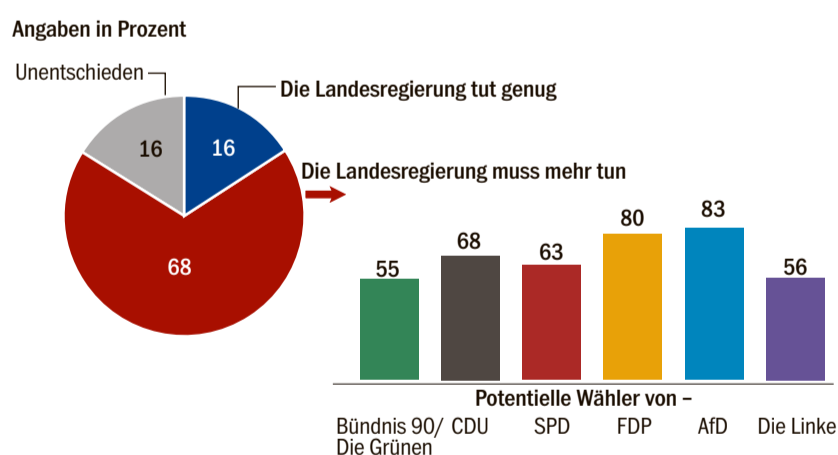
Besonders in der Region Stuttgart ist die Autoindustrie ein wichtiger Arbeitgeber. Doch könnte Stuttgart zu einem zweiten Detroit werden, wenn die Automobilbranche weiterhin im freien Fall ist? Detroit galt einst als Herz der US-amerikanischen Autoindustrie, in den 1990er Jahren wurde die Stadt zum Symbol für deren Niedergang. Bei dieser These sind sich die Befragten uneins. 45 Prozent halten es für möglich, dass Stuttgart ebenfalls ein wirtschaftlicher Niedergang droht, ein Drittel hält das Szenario für zu pessimistisch. Ähnlich sind die Zahlen auch bei Befragten aus der Region Stuttgart verteilt. Bei aller Sorge um die deutschen Autohersteller endet die Unterstützung beim Autokauf. 39 Prozent der Baden-Württemberger würden ein Auto bevorzugen, das im Ausland produziert wurde, wenn es günstiger ist. Ebenso viele Befragte würden sich für ein deutsches Auto entscheiden, weil ihnen die Qualität wichtig ist. Diese Haltung ist unter Menschen mit einem höheren Einkommen stärker verbreitet – ein teures Auto muss man sich auch leisten können.

Von der Politik erhoffen sich die Baden-Württemberger allerdings mehr Unterstützung. Mehr als zwei Drittel der Befragten findet, dass die Landesregierung mehr tun sollte, um den Wirtschaftsstandort im Südwesten zu stärken. Besonders unter potenziellen AfD- und FDP-Wählern ist diese Erwartung hoch. Wirtschaftsministerin Nicole Razavi (CDU) erhält von den Bürgern ein durchwachsenes Fazit. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten bewertet Razavis Arbeit positiv, knapp drei Viertel äußern sich negativ. Besonders kritisch sehen auch hier die potenziellen AfD- und FDP-Wähler die Ministerin.

Zum Jahresende blicken viele Befragte trotz allem zuversichtlich auf 2026: Jeder dritte Baden-Württemberger hat Hoffnungen, dass das neue Jahr besser werden könnte. Zum Jahresbeginn war es noch ein Viertel. Parallel dazu hat sich die Zahl der Menschen, die mit Befürchtungen ins neue Jahr gehen, von 37 Prozent auf 25 Prozent reduziert.

Mehr Engagement der Landesregierung

Tut die Landesregierung Ihrer Meinung nach genug, um Baden-Württemberg als Wirtschaftsstandort zu stärken?

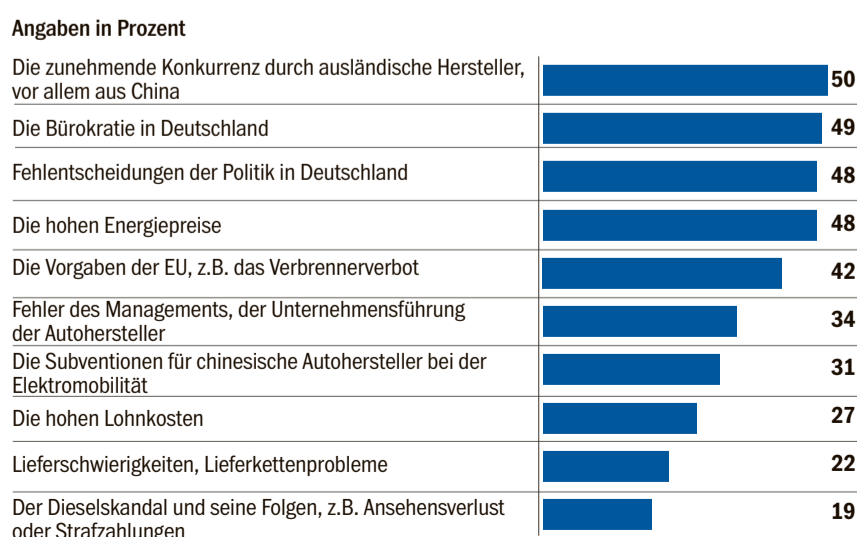


Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre

QUELLE: ALLENSBACHER ARCHIV, IFD-UMFRAGE/SÜDKURIER-GRAFIKEN

Gründe für die Krise der Automobilindustrie

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Gründe für die schwierige Lage der Automobilindustrie?



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre



Blick in die Produktionshalle des Automobilzulieferers Eto vom Bodensee. Die Automobilbranche steckt in einer tiefen Krise – das verunsichert auch die Bürger. FOTO: ETO

Bildungsbereich

Hohe Erwartungen: Im Bereich Bildung haben die Befragten hohe Erwartungen an die Landesregierung. 60 Prozent der Menschen wünschen sich verpflichtende Deutschkurse für Schüler mit Sprachproblemen, fast ebenso viele finden, dass die Schule besser auf das Berufsleben vorbereiten sollte. Zudem finden die Befragten, dass marode Schulgebäude saniert werden sollten und die Schulen besser mit digitalen Geräten ausgestattet werden sollten.

Schule und Beruf: Viele Bürger finden, dass Schule und Berufsleben nicht ausreichend miteinander verzahnt sind: Zwei Drittel sagen, dass die Schulen nicht gut auf das Berufsleben vorbereiten. Nur ein Drittel findet, dass das gut funktioniert. Eltern mit Schulkindern sehen das positiver: 41 Prozent finden, dass ihre Kinder in den Schulen gut oder sehr gut auf das Berufsleben vorbereitet werden. (nam)



Große Besorgnis über die Automobilindustrie

Wie sehr beunruhigt Sie die Lage der Automobilindustrie in Baden-Württemberg?

Angaben in Prozent

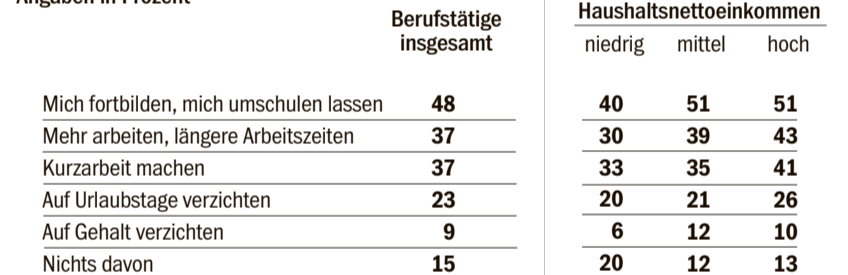


Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre

Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes

Was würden Sie in Kauf nehmen, um Ihren Arbeitsplatz zu erhalten?

Angaben in Prozent

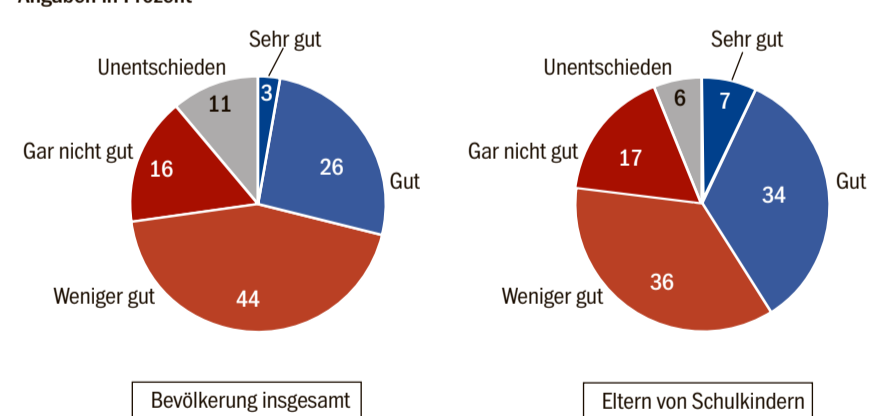


Basis: Baden-Württemberg, Berufstätige (ohne Beamte)

Schulen bereiten nur unzureichend auf das Berufsleben vor

Wie gut werden die Kinder in den Schulen hier in Baden-Württemberg auf das Berufsleben vorbereitet?

Angaben in Prozent

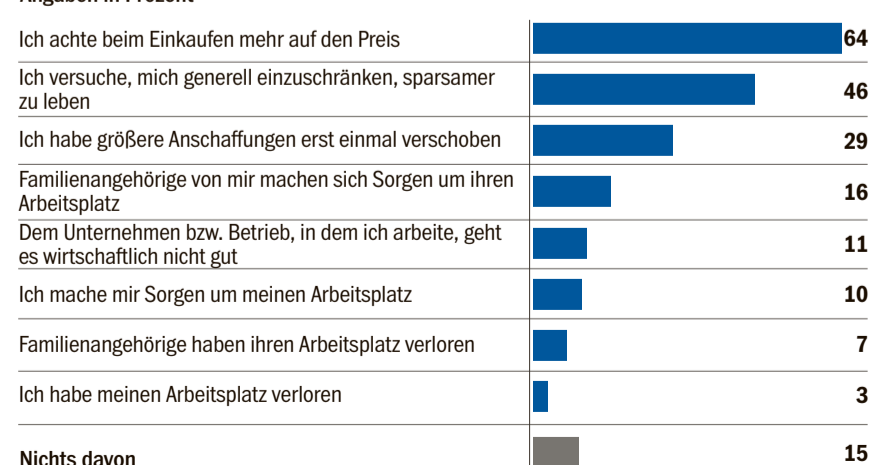


Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre

Auswirkungen auf das eigene Leben

Wie spüren Sie selbst die Auswirkungen der schlechten wirtschaftlichen Lage?

Angaben in Prozent



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre

SÜDKURIER-GRAFIK